

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

In der vergangenen Woche sind bei einem Anschlag von regierungsfeindlichen Kräften vier deutsche Soldaten getötet und fünf weitere verwundet worden. Erst am Karfreitag waren drei deutsche Soldaten bei einem Gefecht im Raum Kundus gefallen. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen und Freunden der getöteten und verwundeten Soldaten. Die Aufgabe unserer Soldaten in Afghanistan ist es, die afghanische Regierung bei der Herstellung von Sicherheit zu unterstützen. Nur wenn wir ein Mindestmaß an Stabilität erreichen, kann verhindert werden, dass Afghanistan erneut zur Ausgangsbasis für global operierende Terroristen wird. Auf diesen Zusammenhang müssen wir auch jetzt wieder hinweisen und deutlich machen, dass die Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan im Einsatz sind, ihren Dienst für unsere Sicherheit leisten. Der Deutsche Bundestag hat das Mandat für den Einsatz immer mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit verabschiedet – zuletzt im Januar dieses Jahres. Dieser breite parlamentarische Konsens ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass unsere Soldaten ihren Dienst mit der notwendigen Unterstützung aus Deutschland leisten können. Aus diesem Grund ist es auch jetzt wichtig, verantwortungsvoll über diesen Einsatz zu diskutieren.

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- In Trauer mit Polen verbunden.. ...S.2
- Deutschland handelt ...S.2
- Deutschland soll Leitmarkt für Elektromobilität werden ...S.3
- Änderung des Telemediengesetzes...S.3
- Anforderung an Vergütungssysteme ...S.4
- Beitrittsantrag Islands zur EU ...S.4
- Deutsches Historisches Museum ...S.4
- Aufwendungen für Arzneimittel steigen ...S.5
- Qualitätsoffensive in der Berufsausbildung ...S.6
- Nachfrage „Made in Germany“ steigt ...S.6
- Ferienjobs lohnen sich bald für alle Kinder ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

In Trauer mit Polen verbunden:



Mit einem Staatsakt sind der polnische Präsident Lech Kaczyński und seine Ehefrau Maria Kaczyńska am Sonntag auf der Wawel-Burg in Krakau beigesetzt worden. An der Trauerfeier in Krakau nahmen für Deutschland Bundespräsident Horst Köhler und Außenminister Guido Westerwelle teil

Ingrid Fischbach: „Bei dem Absturz sind auch Freunde und Partner, mit denen wir über unsere Schwesterparteien politisch zusammengearbeitet haben, ums Leben gekommen. Wir trauern mit dem polnischen Volk und mit den Angehörigen der Opfer. In den kommenden Wochen wird Polen den Weg zurück in die Normalität suchen. Auch diesen Weg wollen wir mit Anteilnahme begleiten.“

Die Koalition handelt

Union und FDP sind der Finanz- und Wirtschaftskrise in den ersten Monaten der neuen Wahlperiode mit einem Maßnahmenbündel entschlossen entgegen getreten dazu gehört auch das Beschäftigungschancengesetz. Die angepasste Kurzarbeitergeldregelung und eine flexiblere Tarifvertragsgestaltung haben es den Unternehmen erlaubt, ihre Arbeitnehmer auch in der Krise weiter zu beschäftigen. Der Arbeitsmarkt zeigt sich deshalb robust: In ihrer Frühjahrsprognose rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute damit, dass die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 8,1% in 2010 und 7,9% in 2011 sinken wird.

Ingrid Fischbach: „Die bestehende Sonderregelung zur Förderung der Kurzarbeit wird bis März 2012 verlängert und den Unternehmen damit Planungssicherheit gegeben. Ebenfalls wird die Sonderregelung, dass Kurzarbeitergeld für Zeitarbeiter unter den gleichen Voraussetzungen wie für andere Arbeitnehmer möglich ist, verlängert.“

Im Jahresdurchschnitt erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute für 2010 noch Risiken für die Konjunktur aufgrund der Belebung der Exportnachfrage. Für 2011 sagen sie ein Wachstum von 1,4% voraus.



Deutschland soll Leitmarkt für Elektromobilität werden

Die Bundesregierung will im Rahmen eines Gipfelgesprächs mit Experten am 3. Mai den Startschuss für eine Nationale Plattform Elektromobilität geben. Für die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich alternativer Antriebe wird die Bundesregierung Mittel bereit stellen. Innerhalb der Bundesregierung gibt es dabei eine Förderung von Modellregionen für Elektromobilität, deren Entwicklung durch den Bund mit 115 Mio. € unterstützt wird. In acht Modellregionen werden ganzheitliche Verkehrskonzepte für Elektromobilität erprobt. Bereits gestern hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem Fachgespräch den maßgeblichen Akteuren eine Plattform geboten. Ausgehend von dem Ziel, in den kommenden zehn Jahren eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straßen zu bringen, geht es ergänzend um den Aufbau eines Netzes von Ladestellen für Elektrofahrzeuge voranzubringen.



Änderung des Telemediengesetzes

Koordiniert werden sollen bestimmte Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität. Die Richtlinie aktualisiert die Vorschriften für die audiovisuelle Branche und schafft einen umfassenden

Wußten Sie schon,

...dass 54,1 Prozent der Arbeitnehmer, die höchstens 7,50 Euro verdienen, ihren Lohn für ungerecht halten?

Rechtsrahmen, der sämtliche audiovisuelle Mediendienste abdeckt.



Ingrid Fischbach: „Ziel ist es, die Rechtssicherheit innerhalb der Gemeinschaft zu verbessern und gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.“

Anforderung an Vergütungssysteme

Verhindert werden soll, dass zukünftig Vergütungsstrukturen insbesondere im Bankbereich zur Übernahme von Risiken beitragen. Dazu werden im Kreditwesengesetz und im Versicherungsaufsichtsgesetz die bestehenden gesetzlichen Anforderungen an das Risikomanagement von Instituten und Versicherungsunternehmen um Vorgaben für angemessene und transparente Vergütungssysteme erweitert. Gestärkt werden auch die Eingriffsrechte der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Beitrittsantrag Islands zur EU

In dieser Woche erklärte der Bundestag und die Bundesregierung ihr Einvernehmen zum Beitritt Islands in die EU. Nach der neuen Gesetzgebung hat der Deutsche Bundestag im Falle von Beitritten zur Europäischen Union ein frühzeitiges Mitspracherecht. Dieses Gesetz schreibt vor, dass die Bundesregierung vor einer Entscheidung im Rat das Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag herstellen soll.

Deutsches Historisches Museum

Hauptbestandteil dieses Gesetzes ist die Besetzung der Sitze im Stiftungsrat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“.



Die Zahl der Mitglieder im Stiftungsrat erhöht dem nach von 13 auf 21, im wissenschaftlichen Beraterkreis von 9 auf bis zu 15. Die Wahl der Stiftungsratsmitglieder soll durch den Deutschen Bundestag erfolgen.

Aufwendungen für Arzneimittel steigen

In Deutschland betragen die Gesamtausgaben für Gesundheit im Jahr 2008 insgesamt 263,2 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr stiegen sie um 9,9 Mrd. €. Für Arzneimittel wurden im Jahr 2008 gut 43,2 Mrd. € ausgegeben. Dabei wurden die Ausgabenanstiege für Arzneimittel der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung von einem Rückgang der Zahlungen der privaten Haushalte, z.B. im Bereich der Selbstmedikation, abgeschwächt. Die Entwicklung von 2000 bis 2008 zeigt, dass die Aufwendungen für Arzneimittel mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von +4% deutlich stärker als die gesamten Gesundheitsausgaben.

Qualitätsoffensive in der Berufsausbildung

Die CDU/CSU und FDP setzt mit dem Antrag Schwerpunkte in der Berufsbildung. Durch frühzeitigeres Ansetzen im Schulbereich (Berufsorientierung, Berufsberatung, individuelle Begleitung) soll der Übergang in eine Berufsausbildung leistungsschwächeren Jugendlichen ermöglicht werden.

Ingrid Fischbach: „Mit Blick auf den zu verlängernden Ausbildungspakt enthält der Antrag einen Appell an die Gewerkschaften, sich an der Weiterentwicklung des Ausbildungspaktes zu beteiligen und ihren eigenständigen Beitrag für eine verbesserte Berufsausbildung zu leisten.“



Spruch der Woche

„Die Schuldenbremse ist für uns so etwas wie die Leitplanke, aus der wir nicht herauskommen.“

Angela Merkel
Bundeskanzlerin (CDU)
zur Staatsverschuldung



Nachfrage „Made in Germany“ steigt

Die deutschen Exporte haben im Februar 2010 überraschend deutlich zugelegt: Die Ausfuhren wuchsen im Vergleich zum Vorjahr um 9,6%. Insgesamt wurden im Februar Waren im Wert von 70 Mrd. € exportiert. Gegenüber dem Januar 2009, ist das ein Anstieg um 5,1%. Die Außenhandelsbilanz schloss im Februar mit einem Überschuss von 12,6 Mrd. € ab.

Ferienjobs lohnen sich bald für alle Kinder

„Die Neuregelung des Ferienjobverdienstes von Schülern kommt noch rechtzeitig vor den Sommerferien, damit ist solch eine Beschäftigung künftig auch für Kinder interessant, deren Eltern Hartz IV Leistungen beziehen,“ stellt die Bundestagsabgeordnete Ingrid Fischbach angesichts des Gesetzentwurfes fest, der in dieser Woche vom Kabinett beraten wurde. Danach sollen bald auch Hinzuverdienste bis zu 1200 Euro für Kinder möglich sein, ohne dass den Familien dadurch Nachteile entstehen. Die Einnahmen dürfen aus Tätigkeiten während der Schulferien für längstens 4 Wochen im Jahr stammen. Nach bisher geltendem Recht wurde jeder Betrag, den ein Kind über 100 Euro im Monat verdiente, mit den Hartz IV Bezügen der Eltern verrechnet.

Ingrid Fischbach, MdB: „Die Regelung zeigt Kindern und Jugendlichen bereits frühzeitig: Arbeiten lohnt sich! Neben dem Erlös bekommt man durch einen Ferienjob auch erste Einblicke in ein geregeltes Berufsleben, diese Erfahrungen sind unbezahlbar.“



... das Allerletzte!

In den vergangenen Jahren betrug das Finanzierungsdefizit der Kommunen 7,1 Milliarden Euro. Während die Ausgaben gleichzeitig um 9,7 Milliarden stiegen.